

Call for Papers

Der Arbeitskreis internationales Gesundheitsrecht der Deutschen Vereinigung für internationales Recht / International Law Association und das Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht laden ein zu einer gemeinsamen Konferenz zum Thema

Das Völkerrecht in der COVID-19-Pandemie

24. September 2021 | Online

Die fortdauernde COVID-19-Pandemie stellt eine beispiellose globale Krise dar, deren Folgen sich auf das Leben von Millionen von Menschen auswirken. In rechtlicher Hinsicht offenbart die Krise tief- und weitgreifende Spannungen innerhalb sowie zwischen verschiedenen Rechtsgebieten. Die Pandemie stellt das Völkerrecht und seine Regelungsbereiche vor besondere Herausforderungen. Als Folge der aktuellen Gesundheitskrise gewinnt die Diskussion über die Stärken und Schwächen des Völkerrechts sowie dessen Zusammenspiel mit nationalen und regionalen Regulierungsebenen erneut an Brisanz.

Im Zentrum der globalen Reaktion zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie stehen die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die sich einer zunehmenden Kritik ausgesetzt sehen. Die IGV und die in ihnen verankerten Präventivmaßnahmen, wie etwa das Alarmsystem, seien nicht mehr zeitgemäß und im Stande, grenzüberschreitende Ausbrüche ansteckender Krankheiten wirksam einzudämmen. Die WHO gerät im Verlauf der Pandemie aufgrund einer offensichtlich verspäteten Feststellung des Gesundheitsnotstandes zunehmend stärker unter Druck. Der Organisation wird zudem vorgeworfen, durch eine vermeintliche China-freundliche Haltung ein Teil weltpolitischer Auseinandersetzungen geworden zu sein. Vor dem Hintergrund dieser Kritik erscheint eine Neubewertung des internationalen Gesundheitsrechts, eine Auseinandersetzung mit der Autorität und den Befugnissen der WHO sowie eine Befassung mit möglichen Reformvorschlägen zu völkerrechtlichen Verpflichtungen der WHO-Mitgliedstaaten unumgänglich, um angemessen auf zukünftige globale Gesundheitskrisen reagieren zu können.

Die COVID-19-Krise wirkt sich darüber hinaus vielschichtig auf weitere Teilgebiete des Völkerrechts sowie andere Rechtsgebiete aus. So führen beispielsweise defizitäre staatliche Maßnahmen in der menschenrechtlichen Dimension der Pandemie weltweit zu Beeinträchtigungen des Rechts auf Leben und Gesundheit. Reisebeschränkungen, Ausgangssperren und etwaige Zensuren legen Verletzungen der Bewegungs-,

Versammlungs- oder Meinungsfreiheit nahe. Die zunehmende Verschärfung existierender Ungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten als Resultat der ökonomischen Folgen der Pandemie werfen überdies die Frage nach der Rolle internationaler Finanzinstitutionen in der COVID-19-Krise auf. So fordern Menschenrechtsinstitutionen etwa ein Schuldenerlass für die ärmsten Staaten der Welt, um fragile Wirtschaften vor verherrenden Rezessionen zu schützen. Beschränkungen der Wirtschaftsfreiheit von Investoren im Lichte nationaler Coronamaßnahmen resultieren in Diskussionen über ein Moratorium für investitionsschiedsgerichtliche Klagen. Im Hinblick auf die Verschärfung der humanitären Lage in von bewaffneten Konflikten zerrütteten Ländern qualifizierte der UN-Sicherheitsrat nach monatelangem Untätigbleiben die Ausbreitung des Coronavirus mittels Resolution 2532 (2020) als mögliche Friedensgefährdung und rief einen sofortigen weltweiten Waffenstillstand aus. In der kürzlich verabschiedeten Resolution 2565 (2021) hat der UN-Sicherheitsrat die Forderung nach einem Waffenstillstand wiederholt und außerdem die Immunisierung gegen COVID-19 als ein globales öffentliches Gut („global public good“) eingestuft.

Die andauernde Pandemie hat nicht zuletzt zu einer Verstärkung nationalistischer Tendenzen von Staaten geführt. Einige wenige Staaten, unter ihnen die EU-Mitgliedsstaaten, sowie die Europäische Kommission kaufen weit mehr als die Hälfte aller vorhandenen Impfstoffdosen an. Fragen der Verteilungsgerechtigkeit werfen die Frage nach einer zeitweisen Lockerung oder Aussetzung der völkerrechtlichen Regeln des Patentschutzes oder die Einführung von Zwangslizenzen für Pharmaunternehmen auf, um so den Zugang zu Impfstoffen für Bevölkerungen im Globalen Süden zu ermöglichen. Schließlich bleibt unklar, ob und inwieweit Exportbeschränkungen von Impfstoffen auf der Grundlage des Welthandelsrechts, die globale und faire Verteilung von lebenswichtigen Pandemiemedikamenten fördern oder erschweren.

Die Konferenz zielt darauf ab, diese und weitere für die Pandemiebekämpfung relevanten Bereiche des Völkerrechts, des Europarechts und relevanter Nachbardisziplinen in den Blick zu nehmen sowie die Stärken und Schwächen der Rechtsanwendung und -befolgung als auch der tatsächlichen Steuerungswirkung kritisch zu analysieren und neu zu beleuchten. Willkommen sind Beiträge von Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen zum Thema der Konferenz. Eine Veröffentlichung der Beiträge wird angestrebt.

Abstracts in deutscher oder englischer Sprache (max. 500 Wörter) werden **bis zum 15. Mai 2021** an askin.affiliate@mpil.de und villarreal@mpil.de erbeten. Bitte teilen Sie uns per E-Mail Ihre Kontaktdaten und institutionelle Anbindung mit. **Bis zum 28. Mai 2021** erhalten Sie eine Nachricht zur Einreichung. Angenommene Abstracts müssen als ausformulierte Beiträge (max. 7.000 Wörter inkl. Fußnoten) **bis zum 31. August 2021** eingereicht werden.

Die Konferenz wird am **24. September 2021** im online-Format stattfinden. Die generelle Veranstaltungssprache ist Deutsch. Vorträge und die anschließende Diskussion an der Konferenz können bei Bedarf auf Englisch stattfinden. Die Teilnahme an der Konferenz steht allen Interessenten*innen (ohne Beiträge) offen.

Organisation:

Dr. Elif Askin (Senior Researcher, Universität Zürich/ Senior Research Affiliate, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg)

Dr. Pedro A. Villarreal (Senior Research Fellow, Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg)

Der Call for Papers ist auch abrufbar unter: <http://www.dvir.de/arbeitskreise/ak-gesundheitsrecht>